

Fragen

**für die Fragestunde der 199. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 21. Januar 2009**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Adam, Ulrich (CDU/CSU)	20, 21	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 14
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15, 16	Reinke, Elke (DIE LINKE.)	6, 7
Bulling-Schröter, Eva (DIE LINKE.)	36, 37	Schily, Otto (SPD)	13
Dr. Bunge, Martina (DIE LINKE.)	32, 33	Schneider, Volker (Saarbrücken) (DIE LINKE.)	29, 30
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	31	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	19, 28
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 38	Spieth, Frank (DIE LINKE.)	34, 35
Hirsch, Cornelia (DIE LINKE.)	9, 10	Steenblock, Rainer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8
Dr. Keskin, Hakki (DIE LINKE.)	17, 18	Dr. Tackmann, Kirsten (DIE LINKE.)	3, 4
Kolbe, Manfred (CDU/CSU)	24, 25	Thiele, Carl-Ludwig (FDP)	26, 27
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	39, 40	Vaatz, Arnold (CDU/CSU)	22, 23
Kurth, Undine (Quedlinburg) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	11, 12	Zimmermann, Sabine (DIE LINKE.)	2

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	5
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	11

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft
und Technologie**

1. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Wirkungen hätte der Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Energieleitungsausbaugesetz im Hinblick auf die Zulässigkeit von Erdkabeln in der 110-kV-Ebene und die Anerkennung von dadurch verursachten Mehrkosten als nicht beeinflussbare, also auf die Strompreise umlegbare Kostenanteile?

2. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann**
(DIE LINKE.) Warum fehlen im Konjunkturpaket II der Bundesregierung unter der Beschlussziffer „6. Breitbandstrategie der Bundesregierung“ als einzigem Punkt im Konjunkturpaket konkrete Angaben insbesondere zur Definition eines leistungsfähigen Breitbandanschlusses wie auch zur Höhe der Mittel, die die Bundesregierung einzusetzen gedenkt, und in welchen konkreten Punkten werden die neu angekündigten Maßnahmen zum Ausbau des Breitbandnetzes in Deutschland über die Ankündigungen der bisherigen Breitbandinitiative hinausgehen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

3. Abgeordnete
**Dr. Kirsten
Tackmann**
(DIE LINKE.) Wieso hat die Bundesregierung den IAASTD-Bericht (IAASTD: International Assessment of Agricultural Science and Technology for Development) bisher nicht unterzeichnet, und wann wird sie dies nachholen?

4. Abgeordnete
**Dr. Kirsten
Tackmann**
(DIE LINKE.) Welche Vorschläge hat die Bundesregierung zur Auslobung von Eiern, die aus Kleingruppenhaltung stammen, bzw. hält die Bundesregierung eine gesonderte Auslobung überhaupt für nötig?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

5. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf welcher rechtlichen Grundlage hat die Bundeswehr Ende November 2008 ein Manöver in Ghana durchgeführt, und wann beabsichtigt die Bundesregierung, den Deutschen Bundestag davon zu unterrichten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

6. Abgeordnete
Elke Reinke
(DIE LINKE.)
- Aus welchem Grund ist derzeit weder eine Anlauf- bzw. Beratungsstelle noch eine Hotline für ehemalige Heimkinder vorgesehen, und warum lehnt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) einen nationalen Entschädigungsfonds bereits jetzt so strikt ab?
7. Abgeordnete
Elke Reinke
(DIE LINKE.)
- Warum plant das BMFSFJ, sich über eine Empfehlung des Deutschen Bundestages hinwegzusetzen und mit der Organisation des runden Tisches nicht mehr zwei unabhängige Dachorganisationen der deutschen Jugendhilfe (AFET – Bundesverband für Erziehungshilfe e. V. und Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e. V. – DIJuF) zu betrauen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

8. Abgeordneter
Rainer Steenblock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie wird die Bundesregierung in ihrer Verantwortung für die Bundeswasserstraße Unterelbe ihren Verpflichtungen (Sanierung, Kompensationszahlungen für landwirtschaftlichen Nutzungsausfall u. a.) im Fall der Dioxinbelastungen im Bereich der Marschen der Unterelbe nachkommen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung
und Forschung**

9. Abgeordnete
**Cornelia
Hirsch**
(DIE LINKE.)
- Inwieweit teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass das mit der Föderalismusreform I verabschiedete Kooperationsverbot im Grundgesetz eine wirk-
same bildungspolitische Offensive im Rahmen des
Konjunkturpaketes II verhindert hat?
10. Abgeordnete
**Cornelia
Hirsch**
(DIE LINKE.)
- Wie verhält sich der jetzige Umfang des Konjunktur-
paketes II im Bereich des Ausbaus der bildungs-
politischen Infrastruktur zu den Versprechen der
Bundesministerin für Bildung und Forschung,
Dr. Annette Schavan, im Dezember 2008?
11. Abgeordnete
**Undine
Kurth**
(**Quedlinburg**)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum finanziert das Bundesministerium für Bil-
dung und Forschung mit dem LOHAFEX-Experi-
ment ein Vorhaben, das gegen das auf der 9. Ver-
tragsstaatenkonferenz des Übereinkommens über
die biologische Vielfalt (Mai 2008 in Bonn) beschlos-
sene Moratorium zur Düngung der Ozeane und ge-
gen die internationale Vereinbarung über die Verhü-
tung der Meeresverschmutzung durch das Einbrin-
gen von Abfällen und anderen Stoffen (sog. Lon-
don-Abkommen) verstößt, und zu welchen konkre-
ten Ergebnissen waren die Umweltverträglichkeits-
und Unbedenklichkeitsprüfungen gekommen, die
im Vorfeld des Experiments durchgeführt wurden?
12. Abgeordnete
**Undine
Kurth**
(**Quedlinburg**)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Von welchen wissenschaftlichen Einrichtungen
wurde das LOHAFEX-Experiment zur Durchfüh-
rung empfohlen, und von welchen unabhängigen
und international anerkannten wissenschaftlichen
Einrichtungen wird zurzeit die Unbedenklich-
keit des LOHAFEX-Experiments durchgeführt
(www.spiegel.de)?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

13. Abgeordneter
**Otto
Schily**
(SPD)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus der
Äußerung des früheren afghanischen Finanzminis-
ters Ashraf Ghani, der laut Bericht der „The New
York Times“ vom 2. Januar 2009 zu der amtierenden
Regierung unter Ministerpräsident Hamid

Karsai erklärt hat: „Diese Regierung hat die Regierungsfähigkeit eingebüßt, weil ein Schattenregime die Macht übernommen hat. Der Drogen-Mafia-Staat ist nun vollständig konsolidiert.“ (“This government has lost the capacity to govern because a shadow government has taken over. The narco-mafia state is now completely consolidated.”)?

14. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung Pläne, den Verteidigungshaushalt Afghanistans von der NATO übernehmen zu lassen?
15. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die humanitäre Situation im Kriegsgebiet in Gaza, und welche Vorschläge macht sie oder unterstützt sie, um das Leiden der Zivilbevölkerung zu lindern (insbesondere hinsichtlich Nahrungsmittel- und Wasserversorgung, medizinischer Versorgung, Schutz vor Kälte und Witterung) oder zu beenden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

16. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den (rechtlichen) Status der in Deutschland operierenden und der Hamas oder der Hisbollah nahestehenden Organisationen (u. a. Hamas in Deutschland, Islamischer Bund Plästina (IBP), Yatim Kinderhilfe und evtl. Nachfolger; Hisbollah in Deutschland, islamisches Zentrum Hamburg (IZH)) (hinsichtlich Mitgliedschaft lt. BGB und/oder VereinsG, ggf. e. V., nichteingetragener Verein, Gemeinnützigkeit, Legalität/Illegalität, Verbot), und welche Schlussfolgerungen ergeben sich für das Handeln der Bundesregierung aus Erkenntnissen von Bundesnachrichtendienst und Bundesamt für Verfassungsschutz über diese Organisationen?
17. Abgeordneter
Dr. Hakki Keskin
(DIE LINKE.)
- Welche Anstrengungen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um die in vier Beschlüssen des Europarates vom Juni 2008 (Resolutionen 1617 (2008) und 1618 (2008) und Empfehlungen 1839 (2008) und 1840 (2008)) geforderte Stärkung der

Partizipationsrechte der Einwanderinnen und Einwanderer in den Mitgliedstaaten, darunter der Bundesrepublik Deutschland, umzusetzen?

18. Abgeordneter
Dr. Hakki Keskin
(DIE LINKE.)
- Wie bewertet die Bundesregierung den Umstand, dass eine eigens eingerichtete Monitoringkommission die Umsetzung der diesbezüglichen Europaratsbeschlüsse in Deutschland überprüft?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

19. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Inwieweit wird nach Kenntnis der Bundesregierung die 2009 geplante umfangreiche Sanierung des Berliner Fernsehturms mit der Schaffung umfassender Barrierefreiheit verbunden?*)

20. Abgeordneter
Ulrich Adam
(CDU/CSU)
- Welche Brief- und Sondermarken der Deutschen Bundespost/Deutschen Post AG seit ihrem Bestehen sowie welche DM- und Euro-Gedenkmünzen widmeten sich den Verfolgten und Opfern der kommunistischen/stalinistischen Gewaltherrschaft und der SED-Diktatur (bitte einzelne Ausgaben mit dem Herausgabjahr auflisten)?

21. Abgeordneter
Ulrich Adam
(CDU/CSU)
- Welche Pläne hat die Bundesregierung in diesem Jahr, den 20. Jahrestag der friedlichen Revolution durch entsprechende Sonderbriefmarken, Euro-Gedenkmünzen und Gedenkmedaillen zu würdigen (bitte Vorhaben einzeln auflisten)?

22. Abgeordneter
Arnold Vaatz
(CDU/CSU)
- Zu welchem Zeitpunkt erhielt die Bundesregierung Informationen zur Kenntnis über die Medaillenausgabe der Deutschen Post AG mit den Inschriften „Neubeginn und Parteien-Einheit – 22. April 1946“, „Verfassung und Staatsgründung – 7. Oktober 1949“, „Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik“, die im Rahmen der Medaillensammlung „60 Deutsche Jahre“ herausgegeben wurde, und inwieweit sind der Bundesregierung die Personen/Abteilungen/Dienststellen bei der Deutschen Post AG

*) Siehe hierzu auch Frage 28.

bekannt, die für die Auswahl der Motive, die Entscheidung zur Prägung und die Entscheidung zur Emission dieser Medaille verantwortlich waren?

23. Abgeordneter
**Arnold
Vaatz**
(CDU/CSU)
- Inwieweit ist der Bundesregierung bekannt, welche externe Expertise von Personen/Institutionen die Deutsche Post AG im Zusammenhang mit der geplanten Emission der SED-Gedenkmedaille eingeholt hat, und zu welchen (Ausschreibungs-)Bedingungen dies geschah?
24. Abgeordneter
**Manfred
Kolbe**
(CDU/CSU)
- Wie viele Fälle sind der Bundesregierung bekannt, die unter die Regelungen des Altforderungsregelungsgesetzes fallen (verkündet am 10. Juni 2005; BGBl. I S. 1589), aufgeschlüsselt nach den einzelnen östlichen Bundesländern sowie den abgeschlossenen und noch laufenden Verfahren?
25. Abgeordneter
**Manfred
Kolbe**
(CDU/CSU)
- Wie hoch sind die eingeforderten bzw. eingenommenen Beträge, und wie hoch ist der Verwaltungsaufwand beim Vollzug des Altforderungsregelungsgesetzes, aufgeschlüsselt nach den einzelnen östlichen Bundesländern?
26. Abgeordneter
**Carl-Ludwig
Thiele**
(FDP)
- Wie ist die Aussage der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in ihrer Regierungserklärung vom 14. Januar 2009 zu verstehen: „Wir haben im Übrigen beim Erblastentilgungsfonds auch bewiesen, dass wir das können. Er wurde 1995 eingerichtet und hatte damals einen Schuldenstand von umgerechnet 171 Mrd. Euro. Jetzt ist er getilgt.“?
27. Abgeordneter
**Carl-Ludwig
Thiele**
(FDP)
- Wie ist die Aussage des Bundesministers des Auswärtigen, Dr. Frank-Walter Steinmeier, in der Bundestagsdebatte am 14. Januar 2009 zu verstehen: „Wenn ich mich erinnere, hat das Abtragen der Schulden des Erblastentilgungsfonds 14 Jahre gedauert.“?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales**

28. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Inwieweit wird die Bundesregierung den Forderungen der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Karin Evers-Meyer (SPD), zur Bereitstellung weiterer Mittel zum Ausbau barrierefreier Infrastruktur im Rahmen der für 2009 geplanten Konjunkturpakete (siehe Pressemitteilung der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen vom 18. Dezember 2008) Rechnung tragen?*)
29. Abgeordneter
Volker Schneider
(Saarbrücken)
(DIE LINKE.)
- Welche Gruppen sollen durch die von der Bundesregierung im Rahmen des Konjunkturpaketes II angekündigte Öffnung des Programms „Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter älterer Arbeitnehmer in Unternehmen (WeGebAU)“ (vgl. www.bundesregierung.de) in den Anwendungsbereich des Programms aufgenommen werden, und welche Verbesserungen des Programms sind im Rahmen der angekündigten Aufstockung der Mittel hierüber hinaus vorgesehen?
30. Abgeordneter
Volker Schneider
(Saarbrücken)
(DIE LINKE.)
- Im Rahmen welcher arbeitsmarktpolitischen Instrumente sollen die angekündigten zusätzlichen Mittel in Höhe von 770 Mrd. Euro bei der Bundesagentur für Arbeit, von denen insbesondere über 25-Jährige ohne abgeschlossene Berufsausbildung profitieren sollen (vgl. www.bundesregierung.de), zu jeweils welchem Anteil verausgabt werden?
31. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Trifft es zu, dass die Transfergesellschaft für die ehemaligen Beschäftigten von Nokia in Bochum, PEAG, auf die Bewilligung von Fördermitteln für eine Weiterbildung oder Fortbildungsmaßnahmen aus dem Europäischen Sozialfond sowie europäische Globalisierungsmittel wartet, und wie bewertet dies die Bundesregierung angesichts der Zusicherung des Arbeitsdirektors von Nokia, Claus Goll, dass alle Hilfsmittel ausgeschöpft werden würden?

*) Siehe hierzu auch Frage 19.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

32. Abgeordnete
**Dr. Martina
Bunge**
(DIE LINKE.)
- Ist es nach Auffassung der Bundesregierung sachgerecht, Kinder, deren Eltern die Beiträge zur Krankenkasse nicht bezahlen konnten, die facto zu bestrafen, indem ihnen nur eine medizinische Minimalversorgung (bei Schmerzen und in Notfälle) gewährt wird, Vorsorgeuntersuchungen aber versagt werden?
33. Abgeordnete
**Dr. Martina
Bunge**
(DIE LINKE.)
- Gehört zu den Aufwendungen für gesamtgesellschaftliche Aufgaben der Krankenkassen, die mit dem Bundeszuschuss an den Gesundheitsfonds durch Steuermittel abgegolten werden, auch die Krankenversicherung der Kinder, und weshalb ist dann für Kinder die Beitragszahlung und nicht die Mitgliedschaft der Eltern Voraussetzung für eine vollwertige Leistungsgewährung in der gesetzlichen Krankenversicherung, die z. B. auch Vorsorgeuntersuchungen mit einschließt?
34. Abgeordneter
**Frank
Spieth**
(DIE LINKE.)
- Ist es mit der „Strategie der Bundesregierung zur Förderung der Kindergesundheit“ vereinbar, dass die Säuglinge, Kleinkinder und Kinder von säumigen Beitragszahlern von den Präventionsuntersuchungen (U1 bis U11 und J1) ohne eigenes Verschulden ausgeschlossen werden, und trägt dieser Ausschluss zu der ohnehin von der Bundesregierung festgestellten höheren gesundheitlichen Belastung von Kindern aus sozial schwachen Familien bei?
35. Abgeordneter
**Frank
Spieth**
(DIE LINKE.)
- Benötigen Kinder von privat krankenversicherten Eltern, von regulär gesetzlich versicherten Eltern bzw. beitrags säumigen gesetzlich versicherten Eltern eine unterschiedliche medizinische Versorgung, und falls nein, weshalb beseitigt die Bundesregierung diese Unterschiede in der Qualität der Versorgung nicht?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

36. Abgeordnete
**Eva
Bulling-Schröter**
(DIE LINKE.)
- Ist die im Rahmen des Forschungsprojekts LOHAFEX vorgesehene und momentan auf Intervention des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit ausgesetzte Eisendüngung von Algen im Südatlantik durch das Forschungsschiff Polarstern unter Leitung des Alfred-Wegener-Instituts für Polar und Meeresforschung (AWI) vereinbar mit den Beschlüssen unter der London-Konvention (Übereinkommen über die Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen und anderen Stoffen) vom Oktober 2008 und dem auf der UN-Biodiversitätskonferenz im Mai 2008 unter deutscher Präsidentschaft beschlossenen Moratorium für ozeanische Düngung, obwohl Letzteres nur als Ausnahme kleinflächige Experimente in Küstengewässern zulässt (vgl. Entscheidung IX/16.C in UNEP/CBD/COP/9/29), das LOHAFEX-Projekt jedoch nach Aussage des von deutscher Seite beteiligten Alfred-Wegener-Instituts für Polar- und Meeresforschung die Düngung eines Gebiets von 300 Quadratkilometern im offenen Ozean vorsieht (vgl. AWI-Pressemitteilung vom 13. Januar 2009)?
37. Abgeordnete
**Eva
Bulling-Schröter**
(DIE LINKE.)
- Bedeutet das vom Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung verkündete Ziel des LOHAFEX-Projekts, „den potentiellen Beitrag von Ozeandüngungsexperimenten zur Reduktion des Kohlendioxidgehalts in der Atmosphäre besser einschätzen zu können“ (vgl. AWI-Pressemitteilung vom 13. Januar 2009), dass die Bundesregierung die Ozeandüngung zukünftig als mögliche Klimaschutzmaßnahme in Betracht zieht, und wenn ja, wie ist dies mit der deutschen Verhandlungsposition auf der UN-Biodiversitätskonferenz im Mai 2008 vereinbar, die noch striktere Vorgaben für das Moratorium als die beschlossenen vorsah?
38. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf welche Art und Weise will die Bundesregierung in Folge der aktuellen Erdgaskrise eine europäische Biogaseinspeisungsstrategie vorantreiben, und was hat sie bislang dafür getan?

39. Abgeordneter
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern kann die Bundesregierung die Aussage von Joachim Bluth vom Niedersächsischen Ministerium für Umwelt und Klimaschutz bezüglich der einsturzgefährdeten Kammer 4 der Schachanlage Asse II, die größte Sorge sei, dass der Wasserzufluss in die Asse stark beeinflusst werden könnte und der Zufluss nach einem Einsturz der Kammer 4 auf „100 oder 200 Kubikmeter“ ansteigen könne (vgl. SPIEGEL ONLINE, Meldung vom 15. Januar 2009) bestätigen, und welche Gefahren für das in der Asse II tätige Personal und die Anwohner um die Asse II bestehen jeweils nach Ansicht der Bundesregierung aufgrund der bei der Kammer 4 möglichen Schadensszenarien?
40. Abgeordneter
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hält es die Bundesregierung aufgrund der neuen Stabilitätsprobleme bei Kammer 4 in der Schachanlage Asse II für sinnvoll oder notwendig, zusätzliche Finanzmittel für die Arbeiten in der Asse II zu bewilligen, und welche Alternativen zum Auffüllen mit Beton prüft die Bundesregierung hinsichtlich möglicherweise in größerem Umfang notwendiger Stabilisierungsmaßnahmen für die Kammer 4, die weiterhin eine Rückholung des dort eingelagerten Atom- mülls ermöglichen?